



FDP-Landesverband M-V | Goethestr. 87 | 19053 Schwerin

VBE
 Verband Bildung und Erziehung
 Landesverband Mecklenburg-Vorpommern
 Heinrich-Mann-Str. 18
 19053 Schwerin

Schwerin, den 02. Juli 2021

vorab per Email an: info@vbe-mv.de

Fragen an die Parteien zur Landtagswahl 2021

Ihr Schreiben vom 18. Juni 2021

Sehr geehrter Herr Blanck,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 18. Juni 2021. Nachfolgend senden wir Ihnen unsere Antworten für die nächste Ausgabe Ihrer Verbandszeitung „VBE-Report“ im August. Sollten Sie über die Antworten hinaus noch weitergehenden Bedarf haben, zögern Sie nicht uns zu kontaktieren.

Zu 1:

Die Digitalisierung an unseren Schulen muss kurzfristig auf höchstes Niveau gebracht werden. Beim Digitalpakt 2.0 geht es nicht nur um eine bessere Ausstattung mit geeigneter Technik. Wir brauchen auch einen deutlichen Schub bei der digital gestützten Unterrichtsgestaltung durch Aus- und Fortbildungsmaßnahmen. Hochwertige Lernsoftware ist auf dem internationalen Markt vorhanden und muss für die deutschen Schulen adaptiert werden. Außerdem müssen alle Schulen schnellstens mit IT-Administratoren verstärkt werden, damit sich die Lehrkräfte auf das Unterrichten konzentrieren können.

Mittelfristig wollen wir Freie Demokraten 100 % Unterricht durch 108 % Lehrkräfte absichern. Personalmanagement an Schulen darf nicht nur Notbetrieb und Notvertretung heißen, sondern muss einen bedarfsgerechten Einsatz von Fachkräften zum Gegenstand haben. Zudem müssen Lehrkräfte, vor allem Schulleiter, von Bürokratie und administrativem Aufwand entlastet werden.

Langfristig muss die Ausbildung von Lehrkräften dringend reformiert werden. Die Ausbildung ist zu wenig auf die praktischen Anforderungen an Schulen ausgerichtet. Zudem sollte die Ausbildung straffer und effizienter gestaltet werden, damit junge Lehrkräfte schneller an den Schulen arbeiten können. Dopplungen von fachtheoretischen Grundlagen in Studium und im Referendariat können und müssen vermieden werden.

Zu 2:

Viel zu spät wurde im Bildungsbereich die Digitalisierung verschlafen als Chance, aber auch als zwingend notwendige Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf ihre künftigen Erwerbsbiografien. Folglich fehlte es an technischen Voraussetzungen, an Aus- und Fortbildung für die Lehrkräfte und an Medienkompetenzen. Daher verwundert es nicht, wenn kaum Bundesmittel abgerufen wurden aus dem Digitalpakt Schulen und dass das pandemiebedingte Homeschooling deutliche Anlaufschwierigkeiten zeigte. Hinzu kommt die landesweit schlechte Breitbandversorgung, die Schülerinnen und Schülern, Eltern als auch Lehrkräften Hürden in den Weg stellte, die eigentlich längst abgebaut sein müssten.

Zu 3:

Bei den Maßnahmen zur Verbesserung der Personalsituation geht es zum einen darum, umgehend mehr Lehrkräfte anzuwerben und auszubilden. Wer sehenden Auges und tatenlos zusieht, dass immer mehr Lehrkräfte in den kommenden 10 Jahren den Schuldienst verlassen, hat die kommende Generation aufgegeben. Vielmehr als bisher muss der Fokus auf die Qualitätsverbesserung gerichtet werden. Das bedeutet zunächst eine wirksame Eingangsdiagnostik und entsprechende Beratung für Studienanfänger und Seiteneinsteiger, ohne die es in den nächsten Jahren nicht mehr gehen wird. Die berufsbegleitenden Maßnahmen müssen sich stärker an den realen Praxisanforderungen orientieren. Erfahrene Lehrerinnen und Lehrer müssen verstärkt in diesen Prozess einbezogen werden und das muss angemessen auf das eigene Stundensoll angerechnet werden. Dauerhaft muss gewährleistet werden, dass Unterrichtsausfall der Vergangenheit angehört. Wenn feststeht, dass mit dem eingesetzten Personal keine 100 %ige Unterrichtsversorgung sichergestellt werden kann, muss mehr Personal zugeführt werden.

Zu 4:

Auch schon vor der Coronapandemie war der Einsatz von Schulsozialarbeit unbedingt notwendig. Die Pandemie und ihre Folgen vor allem für die Kinder und Jugendlichen verstärken den Bedarf. Die Zeit von Befristungen und kurzen Förderperioden für bestimmte Träger muss vorbei sein. Um Schulsozialarbeit noch stärker und gezielter in die schulische Arbeit einzubinden, sollten die Schulsozialarbeiter künftig als Landesbedienstete tätig werden.

Zu 5:

Erklärtes Ziel bleibt die Umsetzung der Inklusion in Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention. Dabei muss die Umsetzung von neuen pädagogischen Strukturen begleitet werden. Der individuelle Förderbedarf jedes Kindes muss durch Fachkräfte vor Ort ermittelt und eine entsprechende Begleitung durch Sonderpädagogen und Sonderpädagoginnen abgesichert werden. Das Wohl des Kindes muss im Mittelpunkt stehen – auf das einzelne Kind kommt es an. Deshalb braucht es Planungssicherheit beim Übergang von den Förderzentren zur sonderpädagogisch begleiteten Regelschule. Deshalb lehnen wir die umfassende, zum Teil flächendeckend übereilte Schließung von Förderzentren ab. Wir missbilligen außerdem, dass die Inklusion bisher überstürzt, ohne Qualitätsstandards und mit einer mangelnden Sachausstattung sowie fehlenden sonderpädagogischen Fachkräften umgesetzt werden soll.

Zu 6:

Neben der Einführung einer gezielten Eingangsdiagnostik planen wir längerfristig die Umstellung der Lehrerausbildung in Richtung eines dualen Studiums, sodass praktische Tätigkeiten und theoretisches Studium besser miteinander verzahnt werden können.

Das duale Studium soll nicht länger als 5 Jahre dauern und mit einem Masterabschluss beendet sein. Es schließen sich an den Einsatzschulen Betreuungsmaßnahmen für die Berufseinsteiger an. Die Umsetzung dieser Idee soll zunächst in Form von Modellversuchen erprobt werden.

Die FDP setzt sich für eine Stärkung der MINT-Fächer ein, weil sie die Grundlagen liefern für die wissenschaftlich-technischen Herausforderungen der Zukunft speziell in Deutschland. Die weitere Reduzierung der Technikausbildung in der Orientierungsstufe durch die Einführung des Faches Gesellschaftskunde lehnen wir ab.

Zu 7:

Grundsätzlich wollen wir möglichst kurze Schulwege für die Schülerinnen und Schüler gewährleisten. Das setzt voraus, dass in der Fläche und im ländlichen Raum Schulen aufrechterhalten werden können. Dies wiederum erfordert ausreichend Lehrkräfte, die bereit sind, auch an kleineren Schulen im ländlichen Raum zu unterrichten. Das Land muss hier bei der Lehrkräftegewinnung mit Zulagen Anreize setzen, wenn es nicht ausreichend Lehrkräfte in bestimmten Regionen gibt. Wir sehen aber auch die Schulen in der Verantwortung, Rahmenbedingungen für junge Lehrkräfte zu schaffen, die ihnen einen guten Start ins Lehrerleben an einer ländlichen Schule ermöglichen. Das betrifft sinnvolle Unterrichtseinsätze, Betreuung bei Bedarf, Einbindung in kleinere Lehrerteams u.a.

Zu 8:

Wir Freie Demokraten streben eine Verringerung der Pflichtstundenzahl auf 25 Stunden je Woche an. Zudem müssen zusätzliche Aufgaben, wie Vertretungen, Einweisungen und Mentorentätigkeit auf die Pflichtstundenzahl angerechnet werden. Neben dieser zeitlichen Komponente muss auch die Klassengröße in allen Schulformen deutlich reduziert werden. Das ist auch ein Gebot der Fürsorge des Dienstherrn. Lehrkräfte und Schulleitungen sollten zudem von Verwaltungsaufgaben entlastet werden. Solche Entlastungen können der Einsatz von IT-Administratoren, Unterrichts- und Schulverwaltungsassistenten bringen, wie sie in anderen Ländern üblich sind.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Die FDP-Landesgeschäftsstelle Schwerin